

Artikel

Karl Gabriel Gesellschaftliche Bedingungen und Folgen des Zentralismus in der katholischen Kirche

Die defensive Zentralisierung der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert

Der folgende Beitrag geht in seinem ersten Teil den Bedingungen nach, unter denen der Zentralismus in der neuzeitlichen katholischen Kirche entstanden ist. Im zweiten Teil wird zu klären versucht, warum der kirchliche Zentralismus heute mit wachsenden Folgeproblemen und Kosten verbunden ist. Nicht mit theologischen, sondern mit wissens- und organisationssoziologischen Argumenten soll damit Raum geschaffen werden für die Frage der Angemessenheit des kirchlichen Zentralismus für die Realisierung ihres eigenen Auftrags unter den gegenwärtigen gesellschaftlich-historischen Bedingungen. Die hier entwickelte soziologische Argumentation kann und will dabei den theologischen Diskurs nicht ersetzen, sondern vielmehr angesichts der theoretisch wie empirisch unleugbaren Probleme zu einem solchen herausfordern.

Empirisch betrachtet ist die Zentralisierung der katholischen Kirche vornehmlich ein Werk des 19. Jahrhunderts. War die katholische Kirche bis zum Ende des 18. Jahrhunderts weitgehend Teil des traditionellen feudalen Herrschaftssystems, so entwickelte sie im Laufe des 19. Jahrhunderts eine eigenständige hierarchisch-bürokratische Organisationsstruktur. Die neu entstandene Organisationsform wurde gleichzeitig mit einer sakralen Legitimation ausgestattet.

In der Balance zwischen zentralistischen Kräften einerseits und dezentralen Mächten andererseits erwies sich die Kirche bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als Teil der feudalistischen Gesellschafts- und Machtstrukturen im westlichen Europa. Seit der Kirchenreform des 11. Jahrhunderts besaß die Kirche zwar eine eigenständige, hierarchisch angeordnete und sakramental abgesicherte „zentralistische“ Ämterstruktur. Bis auf wenige Jahre blieb aber das von den päpstlichen Juristen entworfene Bild einer vom Papst zentral und souverän geleiteten Kirche, der sich auch der weltliche Arm zu unterwerfen hatte – auch innerhalb der Kirche selbst –, mehr Theorie als Wirklichkeit. Erst mit dem Ende des Feudalzeitalters zerbrach die über Jahrhunderte hin wirksame Machtbalance zugunsten des Zentrums. Ausgerechnet die bürgerlichen Revolutionen schufen dafür die Voraussetzungen. Sie trafen in erster Linie die Machtgrundlagen der kirchlichen Mittelinstanzen. Während die bischöflichen Kirchenfürsten in Frankreich wie in Deutschland ihre Machtbasis

verloren, gab Napoleon das Vorbild für einen sehr weitreichenden Strukturwandel der Kirche, als er bei der Neuordnung der französischen Kirche den Klerus der bürokratisch-hierarchischen Kontrolle durch den Bischof unterwarf. Gleichzeitig bediente er sich bekanntlich zur Stabilisierung seiner Macht der päpstlichen Autorität: Die Neueinsetzung der französischen Bischöfe wurde im Konkordat vereinbart und vollzog sich im Namen der päpstlichen Autorität.

Ausbau zentraler
Verwaltungsinstanzen

Erst diese gesellschaftlich-historischen Rahmenbedingungen schufen die Voraussetzungen für den autonomen Zentralisierungsprozeß der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert. Er wurde als ein defensiver Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche gegenüber dem als Bedrohung wahrgenommenen neuzeitlichen Staat wie der neuzeitlichen Gesellschaftsentwicklung insgesamt geführt. An die wichtigsten bis heute prägenden institutionellen Veränderungen sei hier nur erinnert: Die seit dem päpstlichen Absolutismus vorhandenen zentralen Verwaltungsinstanzen wurden ausgebaut. Das System der päpstlichen Legaten erhielt seine typische Doppelfunktion als diplomatische Repräsentanz päpstlicher Souveränität im staatlichen Bereich und als Kontrollorgan zwischen römischer Zentrale und bischöflichen Mittelinstanzen. Was schon das Tridentinische Konzil vorsah, wurde zum Teil erst jetzt durchgesetzt: die Rechenschaftspflicht der Bischöfe hinsichtlich ihrer Bistumsführung im turnusmäßigen „ad limina“-Besuch vor den römischen Instanzen und die Schaffung zentraler Priesterseminare in Rom zur Rekrutierung und Heranbildung einer homogenen kirchlichen Führungselite.

Die Zentralisierung der kirchlichen Strukturen setzte sich nach unten hin fort. Auch hier ist die Entmachtung autonomer Mittelinstanzen zugunsten des Zentrums und der Auf- und Ausbau zentraler Verwaltungsinstanzen zu beobachten.

Hierarchische
Bürokratie –
fast unüberwindlich

Als Max Weber in den ersten beiden Jahrzehnten unseres Jahrhunderts auf die Schlüsselfunktion zentralistisch-bürokratischer Strukturen für den Modernisierungsprozeß der westlichen Gesellschaften insgesamt stieß, da bot ihm die katholische Kirche viel Belegmaterial für seine These. Weber hielt die Bürokratie mit ihren hierarchischen Strukturelementen für das am schwersten zu zertürmmernde soziale Gebilde. Aus den feudalen Sicherheiten herausgerissen, griff die katholische Kirche im Kampf ums Überleben auf dieses Strukturprinzip zurück. Die Grundlagen dafür hatte in einem offensiven Prozeß das Mittelalter mit der institutionellen Verankerung ei-

ner sakramental legitimierten und aus Klerikern bestehenden Amtshierarchie geschaffen. Bis in das 19. Jahrhundert hinein blieb diese aber insofern begrenzt und mehr Anspruch als Wirklichkeit, als es machtvolle Gegenkräfte gab. Das Erbe der mittelalterlichen Kirche hatten zunächst die absolutistischen Staaten Europas angetreten, denen es gerade mit den Mitteln eines verschärften Hierarchieprinzips gelang, die Stände allmählich zu entmachten. Als sich nun der radikalisierte Souveränitätsanspruch des Staates gegen eine autonome institutionelle Existenz der Kirche richtete, da griff sie bedenkenlos auf das Strukturprinzip ihres Gegners zurück, konnte sie es doch mühelos als ihr historisches Eigentum reklamieren.

Für die gegenwärtige Diskussion um den Zentralismus in der Kirche müssen zwei weitere Aspekte angesprochen werden, die zum kirchlichen Erbe des 19. Jahrhunderts gehören.

Zum einen wurde die neu entstandene zentralistische Struktur nicht als durch die Zeitumstände notwendig gewordene Äußerlichkeit definiert, sondern als Teil – und für die Sicherung des Glaubens – zentraler Teil des Glaubensgutes sakralisiert.

Mit Hilfe der neuen organisatorischen Möglichkeiten gelang es der Kirche zum anderen, sich eine geschlossene volkkirchliche Basis zu schaffen bzw. zu erhalten. In scharfer Frontstellung zur protestantischen wie in Deutschland oder zur laizistischen Kultur wie in Frankreich entstanden katholisch geprägte kulturelle Milieus, in denen das katholische Glaubensgut eine bis in den Alltag hineinreichende Plausibilität erfuhr. Das katholische Bewußtsein feierte die Neuorganisation der Kirche als einen ans Wunderbare reichenden Wiederaufstieg aus tiefster Erniedrigung. Symbol des Wiederaufstiegs war das Papsttum, das seit der Gestalt Pius' IX. eine bis dahin unbekannte charismatische Qualität erhielt. Das päpstliche Charisma, das von der Spitze aus auf alle Glieder der Amtsstruktur ausstrahlte, ließ dabei die bürokratischen Elemente in der eigenen Struktur wenig ins Bewußtsein treten.

Zentralisierungstendenzen in der nachkonziliaren Kirche

Hat man allein die Organisationsstrukturen der Kirche im Blick, muß man zunächst konstatieren, daß sich der über mehrere Jahrhunderte hin währende Prozeß der Durchsetzung hierarchisch-bürokratischer Prinzipien auch nach dem Konzil fortgesetzt hat. Dies gilt nicht erst seit der jüngsten Zeit, in der eine zentralistische Praxis die strukturellen Gegebenheiten wieder stärker ins Bewußtsein gebracht hat.

Betrachtet man zum Beispiel die Kurienreform Pauls VI. genauer, so ergibt sich für unsere Fragestellung folgendes Bild: Die Stellung des Kardinalskollegiums und der Kardinäle hat sich stärker der exekutiven, hierarchisch-bürokratischen Funktion angenähert. Vor der Reform waren sie – einmal ins Amt gelangt – unabsetzbar und behielten auf Lebenszeit die mit ihrer Stellung verbundenen Rechte. Heute hängt nicht nur der Zugang, sondern auch die zeitliche Dauer der Funktion und des Amtes vom Willen des Papstes ab. Auch die neue Stellung des Staatssekretariats weist in dieselbe Richtung: Die unmittelbare Zusammenarbeit mit dem Papst bleibt nun auf das Organ des Staatssekretariats beschränkt. Der Papst selbst gehört keiner Kongregation mehr an, die unmittelbare Zusammenarbeit und damit der unmittelbare Zugang zum Papst sind an die Vermittlung des Staatssekretariats gebunden. Ohne Zweifel hat das Kardinalskollegium Reste einer eigenständigen Autorität verloren und ist stärker zum Instrument in der Hand des Papstes geworden.

Dieselbe Tendenz weist die neue Demissionsregelung für die Bischöfe auf: Sie macht nicht nur den Zugang zum Amt, sondern auch die Demission aus dem Amt vom unmittelbaren Willen des Papstes abhängig.

Zentralistisch-bürokratische Logik macht sich auch in den gegenwärtigen Problemen mit der Praxis einiger Bischofsnennungen deutlich bemerkbar. Es drückt sich darin der Wille aus, alte, vormoderne Hemmnisse der Ernennung des kirchlichen Führungspersonals „von oben“ auszuhöhlen und unwirksam zu machen.

Ein weiteres Beispiel für die Fortsetzung zentralistischer Tendenzen stellt der Textentwurf der römischen Bischofskongregation „Der theologische und juristische Status der Bischofskonferenzen“ dar. Der Textentwurf läßt das Interesse erkennen, die Kompetenzen der Ortsbischöfe gegenüber den Bischofskonferenzen als Kollegialorgane zu betonen und zu sichern. Die Funktion der Bischofskonferenzen als dezentrale Organe zum Ausgleich des römischen Zentralismus kommt dem Text nicht einmal in den Blick.

Fehlende Balance
zwischen
Zentralisierung und
Dezentralisierung

Insgesamt wird man sagen müssen, daß die dezentralen Elemente der Ekklesiologie des II. Vatikanums bisher ihrerseits weitgehend Theorie geblieben sind und eine neue Balance zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung nicht entstanden ist. Verschärft wird das Übergewicht des Zentralismus heute dadurch, daß die kommunikationstechnischen Möglichkeiten zur großräumigen Überwachung und Kontrolle eine neue Dimension erreicht haben. Die römische Politik bei der Besetzung theologischer

Lehrstühle ist dafür nur eines der eklatantesten Beispiele.

Die im wesentlichen in der gegenwärtigen zentralistischen Gestalt aus dem 19. Jahrhundert stammende Organisationsstruktur der Kirche trifft gerade in den westlichen entwickelten Gesellschaften heute auf einen veränderten Kontext. Als hervorstechendstes Merkmal kann die Auflösung des Milieuzusammenhangs gelten, in den die Kirchenstrukturen eingebettet waren. Welche Folgeprobleme – so soll weiter gefragt werden – ergeben sich für den traditionellen kirchlichen Zentralismus angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Umweltsituation der Kirche insbesondere in den westlichen entwickelten Gesellschaften?

Wachsende „Kosten“
des Zentralismus in
der Kirche

Organisationstheoretisch läßt sich das Problem folgendermaßen formulieren: Für die Situation zwischen 1850 und 1950 etwa kann man von einer gewissen Entsprechung der internen Organisationsstruktur der katholischen Kirche und ihrer Umwelt ausgehen. Wie die neuere Organisationsforschung betont, hängen die Möglichkeiten und Fähigkeiten einer Organisation wesentlich davon ab, ob es ihr gelingt, eine ihrer Umwelt angemessene interne Struktur auszubilden. Oder anders formuliert: Wie und wieviel von ihrer Umwelt eine Organisation wahrnimmt und als für sie relevant zuläßt, hängt von ihrer internen Struktur ab. Für eine zentralistisch-bürokratische Organisationsstruktur gilt nun folgendes: Sie setzt zu ihrer Wirksamkeit eine möglichst einfach strukturierte, sich nur langsam ändernde und deshalb gut vorhersehbare Umwelt voraus.

Zentralismus –
ungeeignet für
personenbezogene
Aufgaben

Ein zweiter Aspekt kommt hinzu: Sie ist besonders geeignet für Aufgaben der Herrschaft und Kontrolle, weniger zur Erfüllung komplexer Aufgabenstellungen, insbesondere personenbezogener Art.

Beide Bedingungen trafen tendenziell und annäherungsweise für den klassischen Katholizismus zu: Solange ein relativ geschlossenes katholisches Milieu existierte, konnte man von einer überschaubaren, sich nur langsam ändernden Umwelt ausgehen. Die Gläubigen als Adressaten kirchlich-organisatorischen Handelns gehören in dieser Perspektive zur Umwelt der Organisation. Sie konnten ebenfalls als ein relativ einheitlicher Typus, nämlich als „Katholik“ mit typischen Merkmalen, wahrgenommen werden. Ebenso galt, daß das Organisationshandeln weniger an religiöser Produktivität im Sinne einer Weitergabe des Glaubens orientiert zu sein brauchte; das leisteten zu einem großen Teil die Familie und das katholische Milieu. Das Organisationshandeln konnte sich viel

stärker aufs „Firmieren“ – anklingend im Begriff „Firmung“ –, aufs Kontrollieren und Ordnen beschränken.

Wie oben deutlich wurde, hat die kirchliche Organisation im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an der Vereinfachung ihrer Umwelt selbst aktiv mitgewirkt, wenn ihr weitreichender Erfolg im Aufbau des katholischen Milieus auch nur unter bestimmten gesellschaftlich-historischen Bedingungen möglich war. Schon damals entbehrte die Vereinfachung nicht der Künstlichkeit, und es waren Organisationskosten zu verbuchen. Sie hielten sich aber in Grenzen und betrafen das breite katholische Volk nur wenig.

Für die neue Situation in den entfalteten Industriegesellschaften aber gilt die relative Entsprechung von Organisation und Umwelt so nicht mehr. Die gegenwärtige Situation ist geprägt durch einen länger anhaltenden Prozeß des Abschmelzens des katholischen Milieus, eine stärkere Individualisierung auch in der Glaubensdimension und eine Vervielfältigung der Lebensstile unter den Katholiken.

Das Organisationshandeln – dies ist der zweite Aspekt – steht heute vor der Anforderung, selbst religiös produktiv zu sein, weil weder die Familie noch das katholische Milieu die religiöse Sozialisation wie bisher zu tragen vermögen.

Wandel der Organisationsstruktur

Wenn sich unter diesen veränderten Umweltbedingungen die Organisationsstrukturen nicht wandeln, werden die Organisationskosten wachsen. Sie können die Form von Konflikten, Legitimationszerfall, Autoritätsverlust, Apathie und Rückzug annehmen. Gegenwärtig scheinen die Organisationskosten so hoch geworden zu sein, daß sie sich von niemandem mehr leugnen lassen. Besonders kritisch ist die Situation deshalb, weil sich eine scheinbar unumgehbare Alternative auftut. Wenn die Autoritätshierarchie den Standpunkt vertritt, aus prinzipiellen Gründen sei eine Strukturveränderung nicht möglich, bleibt nur der Weg – koste es, was es wolle –, von der Fiktion einer einfachen Umwelt auszugehen und alle Macht einzusetzen, eine möglichst einfache Umweltstruktur wiederherzustellen. Was sich dem nicht fügt, muß nach außen – über eine neu zu stabilisierende Grenze – abgedrängt werden. Gerade an der Basis muß diese Strategie die Belastungen und Spannungen noch mehr erhöhen. Sie greift in die vielfachen Versuche an der Basis ein, in „vorausweisendem Gehorsam“ die Voraussetzungen für flexiblere, adäquatere Organisationsformen zu schaffen. An der vielerorts fortgeschrittenen Überwindung des pastoralen Schismas zwischen Klerikern und

Laien in den Gemeinden ließe sich dies meines Erachtens gut zeigen.

Für die Kirche wird die Frage gegenwärtig drängend, welche Organisationsstrukturen ihren neuen Anforderungen hinsichtlich eigener religiöser Produktivität angemessen sind. Wie sich aus den Bedingungen der Wertetradierung ableiten läßt, konfrontiert dies die kirchliche Organisation mit der Notwendigkeit, möglichst personen- und kleingruppennahe Organisationsstrukturen auszubilden. Man kann davon ausgehen, daß für religiöse Produktivität analoge Bedingungen wie für das Gelingen von Dienstleistungen im psychosozialen Bereich gelten. Sie können nur zustande kommen unter aktiver Mitwirkung der Adressaten. Bei personenbezogenen Dienstleistungen sind die Konsumenten immer gleichzeitig Mitproduzenten des Gutes, das hergestellt werden soll, weil Produktions- und Konsumtionsprozeß in eins fallen und nicht voneinander getrennt werden können. In ihrem Gelingen ist die Glaubenstradierung – wie Franz-Xaver Kaufmann formuliert – an „dialogische Sozialbeziehungen“ gebunden.

Vermutlich noch schärfer als für öffentliche Verwaltungen, die als Leistungsverwaltungen psychosoziale Dienstleistungen erbringen sollen, stellt sich damit für die kirchliche Organisation das Problem, trotz des hierarchischen Kontrollinteresses genügend Spielraum für religiöse Produktivität an der Basis zu eröffnen. Die Entwicklung personenbezogener Leistungsverwaltungen läßt die Tendenz erkennen, die personennahen Bereiche stärker von der bürokratischen Kernorganisation abzukoppeln. Solche lose verbundenen Teilbereiche zeigen Merkmale wie eine relative Abwesenheit von Reglementierungen, geringe Inspektionsaktivitäten, Dezentralisierung und Delegation von Ermessen.

Erfolg durch
Dezentralisierung

Die Möglichkeiten kirchlicher Organisation unter den gegenwärtigen Bedingungen – so läßt sich folgern – sind in hohem Maße abhängig vom Grad der Dezentralisierung. Umgekehrt gilt, daß Grenzen und Organisationskosten mit dem Grad der Zentralisierung steigen. Notwendig erscheint eine stärkere Trennung zwischen jenen Bereichen, in denen bürokratische Routinen und ein hoher Zentralisierungsgrad möglich und sinnvoll sind, von solchen, in denen sie religiös kontraproduktiv wirken. Wo eine stärkere Trennung tatsächlich funktioniert, führt dies auch zur Entlastung des bürokratischen Teils von unlösbaren Aufgaben und damit auch zur Reduktion von Angst und Unsicherheit. Faktisch hat sich im Verhältnis

von bischöflicher und gemeindlicher Ebene in den letzten Jahren aus den Notwendigkeiten der seelsorglichen Praxis heraus nicht selten mehr an Dezentralisierung durchgesetzt, als die formelle Struktur erahnen läßt. Infolge mangelnder Differenzierung geschah und geschieht dies aber weithin im Rahmen sogenannter „brauchbarer Illegalität“ und hinterläßt auf allen Seiten ein hohes Maß an Unsicherheit. Fatale Wirkungen müssen punktuelle und unerwartete Durchgriffe in die Seelsorgepraxis von „ganz oben“ haben, da sie häufig ein durch Erfahrungen gewachsenes, labiles System wechselseitiger Abstimmungen aus dem Gleichgewicht bringen.

Anwendung der eigenen Prinzipien

Theologisch und sozialetisch rächt sich heute, daß die Kirche das ja erst in der Neuzeit voll aufgebrochene Problem angemessener und richtiger sozialer Ordnungen nie auf sich selbst bezogen hat, sondern stets nur auf die anderen, die Ordnungen von Staat, Wirtschaft und Familie. Sonst hätte sich schon früher die Frage gestellt, wie denn die ihr in der Neuzeit zugewachsene zentralistisch-bürokratische Struktur mit dem Prinzip der Subsidiarität in Einklang zu bringen ist. So erhält man heute den Eindruck, daß sich die Kirche bisher den Weg zu den eigenen „Heilmitteln“ verstellt hat, die in der übrigen Gesellschaft wieder auf zunehmende Aufmerksamkeit stoßen, um dem Dilemma der modernen Kultur zwischen zentralistischer Organisation und Individualität zu begegnen. Angesichts der gegenwärtigen Glaubenssituation gibt es gute empirische Gründe, die Grundprinzipien der katholischen Soziallehre – insbesondere die Prinzipien der Subsidiarität und Personalität – auf Konsequenzen hinsichtlich der kirchlichen Organisationsstrukturen zu durchdenken.

Literaturhinweise:

M. N. Ebertz, Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert, in: K. Gabriel – F.-X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1989; A. Feige, Erfahrungen mit Kirche. Daten und Analysen einer empirischen Untersuchung über Beziehungen und Einstellungen junger Erwachsener zur Kirche, Hannover 1982; K. Gabriel, Nachchristliche Gesellschaft heute, in: Diakonia 19 (1988) 27–34; ders., Möglichkeiten und Grenzen kirchlicher Organisation in der individualisierten Gesellschaft, Vortrag auf dem Symposium aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts St. Gallen, November 1988 (Veröffentlichung der Symposionsbeiträge in Vorbereitung); K. P. Japp, Wie psychosoziale Dienste organisiert werden. Widersprüche und Auswege, Frankfurt – New York 1986; F.-X. Kaufmann, Die Bedeutung kleiner Gemeinschaften für die Weitergabe des Glaubens aus religionssoziologischer Sicht, in: ders., Religion und Modernität (im Erscheinen); N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1972; M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe, hrsg. v. J. Winkelmann, Köln u. Berlin 1964 (zuerst 1922); K. E. Weick, Der Prozeß des Organisierens, Frankfurt 1985.